

Aktuelles

[Zurück zur Übersicht](#)

9. Juli 2009

Dr. Manfred Muschke im Kreistag zum Thema "Konzept einer überbetriebliche Ausbildungsstätte"



Bildung ist ein Bürgerrecht - Geben wir es ihnen!

"Der Bildungs-Ausschuss - und an dieser Stelle übernehme ich gern die Formulierung der Presse - hat der Kreisverwaltung mit einstimmigem Votum den Auftrag erteilt, die nötigen Gespräche zu führen und die Grundlagen zu schaffen, damit das Projekt 'Neubau einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte (ÜAS)' nach mehr als zwei Jahren Schlummerzustand endlich realisiert werden kann.

Kaum, dass also der weiße Rauch aus den Wigwams des Obergerichtes aufgestiegen war, und wir alle HABEMUS MAMMA gerufen haben - das bedeutet übersetzt in die Verwaltungssprache in etwa 'die Landrätin ist rechtskräftig gewählt' - da also entflammt in der Landrätin frischer Mut und ungebrochener Tatendrang:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung zur ÜAS liegt uns heute vor. In ihn sind Gespräche mit den Sachkennern aus der Verwaltung bei Bund und Land, der Baugewerbeinnung, den Berufsschulen, der Kommunalpolitik, aktuelle Erkenntnisse und viel konzeptionelles Denken eingeflossen:

Die Verwaltung möchte nun ein Meinungsbild der FDP-Fraktion -sozusagen als Ermutigung für die weitere Arbeit - hören. Ich sage es Ihnen kurz und knapp:

Eine gute Arbeit, ein zukunftsweisendes Konzept, ein Leuchtturmprojekt für den Bildungsstandort Segeberg. Dieses Projekt unterstützen wir leidenschaftlich.

Und ich sage Ihnen auch warum:

Bildung ermöglicht die Entfaltung individueller Talente und Fähigkeiten. Sie ist die Grundlage für ein Leben in Selbstbestimmung. Durch Bildung gewinnt der Einzelne die Voraussetzung, sein Leben selbst gestalten und auch Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können. Sie dient außerdem der Entwicklung des Wohlstandes unserer Gesellschaft, weil sie die Quelle von Kreativität, Innovation und Wachstum ist. Aus all diesen Gründen ergibt sich, dass die Finanzierung von Bildung in erster Linie eine öffentliche Aufgabe ist! Nun ist aber die berufliche Bildung in unserem Lande in einem dualen System aus betrieblicher und berufsschulischer Ausbildung organisiert. Im letzteren erfüllt der Kreis seine Aufgaben als Träger der beruflichen Schulen - und das sage ich bescheiden, aber mit Stolz - auskömmlich gut. Im anderen Teil sind es gerade wir, die Kommunalpolitiker, die keine Gelegenheit auslassen, um dafür zu werben, dass jeder mittelständische Betrieb Ausbildungsplätze bereitstellt. Bei unserem Engagement liegt es doch dann auf der Hand, dass auch kleinste Firmen sich unserem Ruf nicht entziehen mögen. Und das, obgleich sie nicht über einen aktuellen modernen Gerätepark und über gesamte Bandbreite an Aufträgen, für die Spezialtechniken erforderlich sind, verfügen. Theoretisch wäre an dieser Stelle der junge Auszubildende der Leidtragende, wenn es nicht die überbetrieblichen Ausbildungsstätten gäbe. Das erklärt auch warum die berufliche Ausbildung nicht ausschließlich Sache der Wirtschaft ist wie von der Fraktion 'Die Linke' gefordert wird.

Ich habe mir gerade vorgestern Abend gemeinsam mit einem Absolventen das 'Kompetenzzentrum des Kfz-Handwerks' in Travemünde - übrigens einzige in ganz Schleswig-Holstein - angeschaut und erklären lassen. Ich fasse meinen Eindruck kurz zusammen: Das, was dort an praktischem Wissen, an Erfahrungen und an Fertigkeiten vermittelt wird, können wirklich Betriebe und Berufsschulen aus vielerlei Gründen nicht leisten. Der vorgeschriebene Ausbildungsplan und die betrieblichen Abläufe im Tagesgeschäft mögen ja eine ausreichende Grundlage für das Berufsleben von heute (oder darf ich sagen: von gestern?) sein.

Die Anforderung unserer Zeit an den beruflichen Nachwuchs ist aber eine andere:

VERNETZUNG, FLEXIBILITÄT, INTERDISZIPLINÄRE KOOPERATIONEN UND
PROJEKTPLANUNGEN

damit erhalten unsere Auszubildenden die erforderliche Berufs- und Existenzgrundlage für die nächsten Jahre. Wir wollen mit unserer Zustimmung auch viel Geld in die Zukunft des Ostkreises investieren.

Wir investieren in die Zukunft der beruflichen Bildung, die wir zu einem bildungspolitischen Alleinstellungsmerkmal des Kreises mit überregionaler Bedeutung machen wollen.

Bildung ist für Liberale ein Bürgerrecht. Geben wir es ihnen!"
